

Liebe Leserinnen und Leser,

am 4. August ist unser Ehrenvorsitzender Heinrich Jürgens im Alter von 82 Jahren verstorben. Wir trauern um einen großartigen Liberalen, der unsere Partei sowie die Kommunal-, Bundes- und Europapolitik über Jahrzehnte hinweg geprägt hat. Der Landesverband wird Heinrich Jürgens und seine Verdienste, die auch in dieser Ausgabe gewürdigt werden, in einer gesonderten Veranstaltung gedenken.

Politisch bestimmt derzeit selbstverständlich die Kommunalwahl das Geschehen. Es ist spürbar, dass wir als Liberale gute Chancen haben, unser gutes Ergebnis von 2001 zu verbessern. Der desolatte Eindruck, den die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin vermittelt, sowie die erfolgreiche Regierungsbeteiligung der FDP in Hannover geben einen günstigen Rahmen. Dies spiegelt sich in der guten Stimmung wider, mit der uns allerorts begegnet wird. Auch die Bereitschaft, auf unseren Listen zu kandidieren hat zugenommen. Zwar liegen noch nicht alle Zahlen vor, doch es zeichnet sich ab, dass die Anzahl der Kandidaturen im Vergleich zur letzten Kommunalwahl erheblich zugenommen hat. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, diesen für uns günstigen Rahmen zu nutzen: Die zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land sowie die vergleichsweise große Anzahl von Bestellungen von Werbemitteln zeigt, dass die Orts- und Kreisverbände den Wahlkampf aktiv betreiben. Dies ist vor allem wichtig, damit vor Ort – da wo die Menschen leben – die Idee von Freiheit und Verantwortung, wie wir sie verstehen, vertreten und möglichst umgesetzt wird. Es ist für uns aber auch von großer Bedeutung, um eine gute Basis für die Landtagswahl im Jahre 2008 zu erhalten. Denn ohne eine starke kommunale Basis sind wir als Partei nicht hinreichend präsent und auch kampagnenfähig, um landesweit gute Ergebnisse zu erzielen. Am Ende kommt es immer darauf an, dass die Partei vor Ort mit Menschen verbunden wird. Erst dann gelingt oftmals auch der emotionale Zugang zu einer Partei.

Bereits an dieser Stelle möchte ich allen Wahlkämpfern und Kandidaten für ihren Einsatz danken. Dies ist nicht nur ein Einsatz für die liberale Sache, sondern auch für unser demokratisches Gemeinwesen, das gerade vor Ort von der aktiven Beteiligung der Bürger lebt.

Ihr  
  
 Stefan Birkner

## Trauer um Ehrenvorsitzenden Heinrich Jürgens

Am 4. August verstarb im Alter von 82 Jahren der Ehrenvorsitzende der FDP Niedersachsen Heinrich Jürgens nach kurzer schwerer Krankheit. Geboren 1924, war Jürgens 1948 bei der Gründung der FDP in Heppenheim dabei und trat ihr 1959 in seinem Heimatkreis Diepholz bei. Für sie war der Landwirt lange Jahre in Rat und Kreistag, als Bürgermeister und Landrat tätig, bevor er dem Niedersächsischen Landtag und dem Europaparlament angehörte. Von 1986 bis 1990 war Jürgens erster für Europa zuständiger Landesminister und von 1978 bis 1991 Landesvorsitzender der FDP

Niedersachsen. Der heimatverbundene Politiker und enge Freund von Hans-Dietrich Genscher einte und führte die FDP Niedersachsen erfolgreich und wurde von seinem Landesverband 1991 zum Ehrenvorsitzenden gewählt. „Wir werden diesen liebenswerten, humorvollen und unkomplizierten Menschen und seinen



unschätzbaren Rat sehr vermissen“, so FDP-Vorsitzender Dr. Philipp Rösler in einem Nachruf.

Nachruf ab Seite 4

## Kommunalwahlkampf in Niedersachsen

Der Kommunalwahlkampf in Niedersachsen war ein Kraftakt. Tausende ehrenamtliche Helfer und Parteimitglieder vor Ort, tausende Kandidaten und sicher in die Millionen gehende Arbeitsstunden werden am 10. September 2006 vom gebührenden Erfolg für die FDP Niedersachsen gekrönt. Die Landesgeschäftsstelle wird dann ein gehöriges Maß an Arbeit hinter sich gebracht haben: Trotz des Umstandes, dass weniger Themenplakate (2006-12.040, 2001-25.000) als 2001 geordert wurden, können ansonsten gehörige Steigerungen verbucht werden:

42 Prozent mehr Kandidatenplakate (22.750-16.000), 16 Prozent mehr Großflächen (330 – 285), 150 Prozent mehr Themen- und Kandidatenfolder (1.018.000-410.000), 512 Prozent mehr Werbepostkarten (422.000-69.000) – Insgesamt gingen 30 Prozent mehr Bestellungen in der Landesgeschäftsstelle ein als bei der Kommunalwahl im Jahr 2001. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren tagein-tagaus mit der Bearbeitung der Bestellungen und mit dem Vertrieb der Werbemittel an die Gliederungen beschäftigt. Zusätzlich wurde das Layout der Kampagne in den Gliederungen über die

Landesgeschäftsstelle gesteuert. Darüber hinaus erarbeiteten die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle mit den Orts- und Kreisverbänden die Durchführung der drei Sommerfeste in Ammerland, Osnabrück-Land, Wolfenbüttel, sowie die große Abschlussveranstaltung in Hannover mit Guido Westerwelle. Auch kann sich die FDP in Niedersachsen freuen, dass erheblich mehr Bürgerinnen und Bürger für die Liberalen in Kreistagen und Räten kandidieren. Bei Redaktionschluss lag die Steigerung bei ca. 15 Prozent mehr Kandidaten als 2001 ■

## Der Goldmann wurde 60



Am 1. Juli 2006 feierte Hans-Michael Goldmann seinen 60. Geburtstag und über 450 Freunde, Bekannte und Weggefährten feierten mit ihm und seiner Familie. Die FDP Niedersachsen hatte nach Aschendorf, dem Wohnort Gold-

manns, eingeladen. Zu dem Empfang auf das Hofgut Altenkamp kam auch niemand geringeres als der Bundesvorsitzende der FDP und Fraktionsvorsitzende im Bundetag Dr. Guido Westerwelle. Ihm war es ein besonderes Herzensanliegen seinem Freund persönlich zu gratulieren. Einig waren sich alle Gratulanten: Hans-Michael Goldmann war und ist ein verlässlicher Partner und ob seiner charakterlichen Kanten und

Stärken ein über alle Grenzen hinweg beliebter Politiker, der es geschafft hat, Mensch zu bleiben. „Wo ist der Goldmann?“ hatten sich die Niedersachsen noch bei der Landtagswahl 1998 gefragt. Diese Frage lässt sich im Jahre 2006 einfach und klar beantworten. Der Tiermediziner und Berufsschullehrer Hans-Michael Goldmann sitzt für Niedersachsen im Deutschen Bundestag. Dort ist er Vorsitzender der Landesgruppe der niedersächsischen FDP-Bundestagsabgeordneten und viel gefragter Experte in Sachen Schifffahrt und Häfen, Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung. Für die FDP im Bundestag ist der gläubige Katholik auch Kirchenbeauftragter ■

## Inhalt:

- Haushaltssanierung in Niedersachsen **2**
- Gesetzentwurf für geändertes Zuwanderungsrecht **2**
- Demokratie wagen – auch in der Kulturförderung **3**
- Mehr Effizienz durch Wettbewerb **3**
- Sonderseiten: Nachruf auf Heinrich Jürgens **ab 4**
- Auf Kommunalpolitik kommt es an **6**
- Europas Weinsektor steht vor großen Veränderungen **6**
- Eine klare Linie ziehen **6**
- Sommerfahrplan mit vielen Gesprächen vor Ort **7**
- Große Koalition der Abkassierer **7**
- Elterngeld wird nur Startpaket bleiben **8**
- ... und nach der Wahl muss wieder gespart werden **8**
- Auf in Niedersachsens Rathäuser **8**
- Erfolgreiche Jahresmitgliederversammlung in Hannover – die Kommunalwahl fest im Blick **9**
- Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Numann-Stiftung/Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung im zweiten Halbjahr 2006 **9**
- Interview mit Elga Sorge **9**
- Service: Abgeordnete im Landtag, Bundestag und im Europaparlament **ab 10**
- Wachwechsel an der Spitze des Bezirksverbandes Braunschweig **10**
- Team der FDP-Emden mit sechs Läufern beim Matjeslauf in Emden **10**
- Große FDP-Werbeaktion für Blut- und Organ Spenden in Isernhagen **12**

# FDP im Niedersächsischen Landtag:

## Haushaltssanierung in Niedersachsen



zungen von ca. 1,6 Mrd. Euro pro Jahr.

Wir bestreiten nicht, dass dieses positive Ergebnis zum Teil auch aufgrund der zu erwartenden Mehreinnahmen aus

der von uns

abgelehnten Mehrwertsteuererhöhung sowie aufgrund eines moderaten wirtschaftlichen Aufschwungs, der in diesem Jahr zu höheren Steuereinnahmen führen wird, zustande kommt. Trotz dieser scheinbaren Entspannung klafft zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben immer noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 1,9 Mrd. Euro.

Allerdings ist zu befürchten, dass durch die Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr abgebremst wird. Wie stark ist noch unklar. Daher besteht kein Anlass vom derzeitigen Konsolidierungskurs abzuweichen. Wir können uns

im Gegenteil sogar eine stärkere Kürzung der Nettokreditaufnahme vorstellen. Denn der Schuldenstand des Landes ist nach wie vor alarmierend und die Zinszahlungen erdrückend. Um die zukünftigen Generationen nicht mit diesem Schuldenberg zu belasten, sind weitere Konsolidierungsanstrengungen notwendig.

Während andere Parteien darüber nachdenken, neue Ausgabenprogramme aufzulegen, denkt die FDP daran, dass uns für die Haushaltskonsolidierung nur noch wenige Jahre bleiben. Denn ab 2012 werden die Versorgungsausgaben des Landes für seine Pensionäre stark ansteigen. Einsparungen werden dann nicht mehr für eine Senkung der Neuverschuldung eingesetzt werden können, sondern nur noch um die steigenden Pensionslasten zu finanzieren.

Damit ist auch das Ziel der FDP für die nächste Legislaturperiode klar: Ein ausgeglichener Haushalt bis spätestens 2012.

Ein wichtiges Instrument beim Erreichen dieses Ziels ist der Verkauf von Landesvermögen. Seit 2004 wurde bereits umfangreiches Lan-

desvermögen veräußert, darunter die Spielbanken, mehrere Landesliegenschaften, Teile des Stammkapitals der Nord/LB wurden an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft übertragen und die Forderungen der Landestreuhandstelle wurden veräußert. Für die Landeskrankenhäuser und die Osthannoversche Eisenbahn (OHE) laufen derzeit Ausschreibungen, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollen.

So wichtig diese Privatisierungserlöse für die Haushaltssanierung sind, steht für die FDP immer der ordnungspolitische Bezug im Vordergrund: Muss das Land diese Aufgabe übernehmen oder kann ein Privater dies besser?

Weder Glücksspiel noch Krankenhäuser oder Eisenbahnen müssen vom Land betrieben werden. Private sind näher am Kunden, können schneller auf Veränderungen reagieren und sind dabei noch günstiger. Das Land profitiert doppelt: es kann sich auf seine Aufsichtsfunktion konzentrieren, um die Qualität der Angebote sicherzustellen. Dies ist insbesondere bei sensiblen Bereichen wie den Landeskranken-

häusern wichtig. Und da Private die oft defizitären Landesbetriebe in der Regel schnell sanieren, steigen auch die Steuereinnahmen des Landes. Diese Vorgehensweise empfiehlt sich auch für die Kommunen. Diese leisten sich oftmals noch zu viele Aufgaben, die sie unverhältnismäßig viel Geld kosten. Hier dient Braunschweig mit seiner konsequenten Privatisierung als Vorbild. Viele Kommunen wissen erst seit sie auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) umstellen, welche Vermögenswerte sie eigentlich besitzen. Auch das Land sollte diese Umstellung möglichst bald vollziehen. Nicht nur, um als Vorbild für die Kommunen zu dienen, sondern auch, weil die traditionelle Kameralistik sich vielfach als Hindernis für eine gründliche Konsolidierung erweist.

**Klaus Rickert,**  
stellv. Fraktionsvorsitzender u.  
finanzpolitischer Sprecher der  
FDP-Landtagsfraktion ■

## Gesetzentwurf für geändertes Zuwanderungsrecht

Als Grundlage für die weitere Diskussion um ein geändertes Zuwanderungsrecht hat die FDP-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf erarbeitet und dem Koalitionspartner vorgestellt. Die Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir ein Zuwanderungsrecht haben, das den Anforderungen in Deutschland gerecht wird.

Wir setzen uns dabei für die Einführung einer Punkterege-

lung klarer Kriterien formulieren, die eine Steuerung der Zuwanderung innerhalb einer bestimmten Quote ermöglichen. Diese Kriterien sollen auch für diejenigen Menschen gelten, die bislang ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht in unserem Land leben. Wir hoffen, dass wir gemeinsam mit der CDU, die die Möglichkeit einer Punkterege-

lung nicht länger auf die lange Bank schieben.

Es reicht nicht, nur Hochqualifizierte ins Land zu lassen. Unsere Wirtschaft braucht auch Facharbeiter und andere Berufsgruppen. Auf diese Situation haben auch schon der BDA und die DIHK aufmerksam gemacht. Selbstverständlich kann die Zuwanderung nur dann zugelassen werden, wenn der Arbeitsmarkt dadurch nicht noch mehr belastet wird. Neben Ausbildung und Sprachkenntnissen sollte vor-

allem die Aussicht auf einen Arbeitsplatz im Punktesystem berücksichtigt werden. Wenn Kinder bereits in Deutschland geboren wurden oder hier aufgewachsen und gut integriert sind, muss das ebenfalls eine Rolle spielen.



**Jörg Bode,**  
Parlamentarischer Geschäftsführer u. innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion ■



## 60. Geburtstag

Wir gratulieren herzlich zum 60. Geburtstag:

Der Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtags und stellvertretenden Landesvorsitzenden der FDP Niedersachsen **Ulrike Kuhlo**, dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP Landtagsfraktion und

Schatzmeister der FDP Niedersachsen **Klaus Rickert** und dem justiz- und hochschulpolitischen Sprecher der FDP Landtagsfraktion und Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand **Prof. Dr. Dr. Roland Zielke**.

# FDP im Niedersächsischen Landtag:

## Demokratie wagen – auch in der Kulturförderung



Zuschuß aus Landesmitteln, so ist seit 2006 der regionale Landschaftsverband, die Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz oder die Region Hannover der Adressat für Förderanträge.

Zwischen dem niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und den regional zuständigen Landschaftsverbänden, der Stiftung oder der Region, sind Zielvereinbarungen geschlossen worden, die die Richtlinien zur Kulturförderung beschreiben. Der Inhalt dieser Zielvereinbarungen ist allerdings meist

öffentlich nicht bekannt. Gefördert werden kann beispielsweise der regionale Museumsverein ebenso wie das Tanzprojekt der Kunstschule e.V., das sommerliche Musikfest oder die interkulturelle Arbeitswoche, wenn ein Projekt angemeldet wird, das von seiner Qualität her als förderungswert anerkannt wird und die Landesmittel nur als ergänzende Finanzierung dienen. Die genannten regionalen Körperschaften beraten potentielle Antragsteller im Vorfeld über die Bedingungen, die ein Antrag erfüllen muss, um Aussicht auf Förderung zu haben.

Die demokratische Mitwirkungsmöglichkeit der Kommunalpolitik gestaltet sich indes unterschiedlich. Je nach Satzung des Landschaftsverbandes können die kommunalen Gremien, meist die Räte kreisfreier

Städte und die Kreistage, in ihren konstituierenden Sitzungen Vertreter in die Gremien der Landschaften entsenden. Da nur wenige Vertreter zu wählen sind, gehören diese meist den großen Parteien an. Die Vertreter unterliegen in der Regel keiner Berichtspflicht. Eine öffentliche Berichterstattung über die Meinungsbildung in den Gremien der Landschaften findet in sehrmäßigem Umfang, wenn überhaupt, statt. Für viele Rats- und Kreistagsmitglieder bleibt es daher in der fünfjährigen Wahlperiode bei nur einer einzigen Begegnung im Landschaftsverband.

Der fördernde Landschaftsverband kann Akzente auf bestimmte Sparten in der Kultur setzen. Er kann auf die örtliche Verteilung der Fördermittel Einfluß nehmen. Da es

bei der Vergabe von Mitteln meist zur Konkurrenz mehrerer Bewerber aus unterschiedlichen Kultursparten kommt, ist ein Verständnis für die Qualität der Inhalte der Projekte und die Kompetenz der Bewerber unverzichtbar, will man die Mittel effizient im Sinne guter kulturfachlicher Wirkung einsetzen. Beiträge bei den Landschaftsverbänden, in denen Fachleute aus unterschiedlichen Kultursparten ehrenamtliche Voten zu den Förderanträgen abgeben, könnten das Vertrauen in die Qualität der Förderentscheidungen erhöhen und wohl auch die Enttäuschung über die Ablehnung beantragter Projekte mildern.

**Roland Riese, MdL** ■

Das Land Niedersachsen hat in den Jahren 2005 und 2006 die Kulturförderung aus Landesmitteln regionalisiert. Wurde früher auf Antrag von der zuständigen Abteilung der Bezirksregierung die Projektförderung im kulturellen Bereich bewilligt oder erhielt man beim fachlich zuständigen Landesverband einen

# Aus dem Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr:

## Mehr Effizienz durch Wettbewerb



zu insgesamt 6 Berufsgenossenschaften fusionieren. Auf diese Weise sollen 20 % der Verwaltungskosten – ca. 250 Mio. Euro pro Jahr – eingespart werden.

Der Fusionsprozess soll gleich-

zeitig die Altlasten auf mehr Schultern verteilen. Sie sind eine der Hauptursachen für die teilweise gravierenden Beitragsunterschiede. Durch Fusionen soll das Beitragsgefälle von zurzeit 5 auf max. 2 Prozentpunkte vermindert werden. Bleibt die Frage: Wie soll das in der Praxis gelingen? Welche Beitragssätze werden die Mitgliedsunternehmen der fusionierten Berufsgenossenschaften in Zukunft zahlen? Werden Mitgliedsunternehmen, die bisher von geringen Altlasten und niedrigen Beitragssätzen profitierten, bereit sein, höhere Beiträge zu zahlen? Hier drücken sich die Reformer offensichtlich um klare Antworten he-

rum. Wer eine stärkere Angleichung der Beitragssätze will, muss dafür von Anfang an die notwendigen Voraussetzungen, z.B. durch Gründung eines Altlastenfonds schaffen. Andererseits muss es auch darum gehen, den Leistungskatalog kritisch zu überprüfen. Denn eine spürbare Entlastung der Unternehmen wird allein mit Strukturreformen nicht möglich sein! Dies hat auch die Bundesregierung erkannt, das konkrete Ergebnis ist jedoch mager. Immerhin: Die Unfallrenten sollen auf den Zeitraum bis zum Renteneintritt begrenzt werden, dann soll der Wechsel in die Rentenversicherung folgen, zu der vorher Beiträge geleistet werden. Das ist sinnvoll. Endlich wird klargestellt, dass Alterssicherung Aufgabe der Rentenversicherung ist und die Unfallversicherung wird finanziell entlastet.

Genauso wichtig wäre aber auch eine Neuregelung des Wegeunfallrisikos gewesen. Immerhin belasten die Wegeunfälle die Unfallversicherung mit jährlich 1,4 Mrd. Euro. Eine Herausnahme des Wegeunfallrisikos würde eine deutliche Senkung der Beitragssätze ermöglichen. Eine Verschiebung der Kostenlast auf die gesetzliche Krankenversicherung

kann dabei nicht die Lösung sein. Richtig hingegen wäre die private Absicherung des Wegeunfallrisikos. Die Kosten wären mit ca. 20-25 Euro pro Jahr für die Arbeitnehmer überschaubar.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das Thema Zwangsmitgliedschaft. Ich meine, dass sich auch die Berufsgenossenschaften für den Wettbewerb öffnen sollten. Nur Wettbewerb setzt die tatsächlichen Effizienzpotentiale frei. Das setzt allerdings Chancengleichheit der Berufsgenossenschaften durch eine solidarische

Lösung der Altlastenfrage voraus. Effiziente und kundenorientierte Berufsgenossenschaften brauchen den Wettbewerb nicht zu scheuen. Erst bei Umsetzung dieses Reformziels kann von einer echten Reform im Sinne der Versicherten und der Arbeitsplätze in den Betrieben gesprochen werden.

**Walter Hirche, Niedersächsischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr** ■

Als Niedersachsen vor 2 Jahren im Bundesrat eine grundlegende Reform der gesetzlichen Unfallversicherung forderte, war noch viel Schweigen im Walde. Inzwischen besteht zumindest breiter Konsens darüber, dass durch Straffung der Organisation die Wirtschaftlichkeit der Berufsgenossenschaften deutlich verbessert werden muss.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr auf die Forderungen Niedersachsens und der übrigen Länder reagiert und eine Reformarbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat im Juni ihre Vorschläge präsentiert: Die heute noch 26 gewerblichen Berufsgenossenschaften sollen freiwillig

## Mark Müller wurde 40

Der für Finanzen und Buchhaltung zuständige Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle, Herr Mark Müller, konnte am 11. August seinen 40. Geburtstag feiern. Wir gratulieren dem „Mann für die Zahlen“ ganz herzlich und wünschen ihm für das nächste Lebensjahr alles Gute, Gesundheit und persönliches Glück!



# „Wi könt dat un wi mokt dat“ – Heinrich Jürgens †

Die Liberalen trauern um



## Heinrich Jürgens

Ehrenvorsitzender der  
FDP Niedersachsen  
Landesminister a. D.

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der  
Bundesrepublik Deutschland und der  
Niedersächsischen Verdienstmedaille

\* Oeftinghausen, 28. 7. 1924  
† Oeftinghausen, 4. 8. 2006

Heinrich Jürgens gehörte von 1960 bis 1974 dem Rat der Gemeinde Schwaförden an, von 1964 bis 1986 war er Kreistagsabgeordneter im Landkreis Diepholz, dessen Landrat er von 1968 bis 1977 war. Von 1974 bis 1990 war er Bürgermeister der Samtgemeinde Schwaförden.

Dem Niedersächsischen Landtag gehörte Heinrich Jürgens von 1974 bis 1978, von 1982 bis 1984 und von 1986 bis 1994 an, wobei er von 1974 bis 1978 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages war. Von 1986 bis 1990 war er niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Mitglied im Bundesrat sowie Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund. Von 1979 bis 1984 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

1978 wurde er Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, die er bis 1991 führte. Seit 1991 war er Ehrenvorsitzender der FDP Niedersachsen.

Heinrich Jürgens zeichnete sich insbesondere durch seine humorvolle und bürgernahe Art aus, die er sich bei allen Ämtern und Ehrungen bewahrte und die ihn liebenswert machte. Sein persönlicher Politikstil, der Ausdruck seiner gelebten Heimatverbundenheit war, und die stets gegebene Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit machten ihn parteiübergreifend zu einem sehr geschätzten Politiker und Menschen. Seine ihm eigene Art und seine engagierte Arbeit bleiben unvergessen.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und allen, die ihm nahe standen. Wir werden Heinrich Jürgens ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Verdienste von Heinrich Jürgens werden in einem gesonderten Rahmen zu einem späteren Zeitpunkt von der FDP Niedersachsen gewürdigt werden.

**Dr. Guido Westerwelle** MdB  
Bundesvorsitzender der FDP  
Vorsitzender der FDP-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

**Dr. Philipp Rösler** MdB  
Landesvorsitzender  
der FDP Niedersachsen  
Vorsitzender der FDP-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Heinrich Jürgens – Erinnerung an einen großen Liberalen

Sein liebstes Amt, so sagte er oft, war das des Landrats von Diepholz. Tagtäglich hatte er da mit den Sorgen und Erwartungen der Bürger zu tun. Er wollte diesen Kontakt. Heinrich Jürgens war ein „Kümmerer“. Kamen Menschen mit Problemen, so fand er Mittel und Wege, ihnen zu helfen. Das tat er als Gemeindepolitiker, als Landrat, als Minister und als Abgeordneter im Länder- und im Europaparlament. Uns Liberale richtete er auf mit seinem Leitspruch: „Wi könt dat, un wi mokt dat.“ Sich selbst ins Gewissen zu reden und mehr noch, anderen zu helfen statt zu jammern und nach „Vater Staat“ zu rufen, diese Grundhaltung führte ihn zu den

Liberalen und machte ihn zu einer jahrzehntelangen Führungsperson. Theodor Heuss hatte ihn schon als jungen Mann beeindruckt: „Die FDP braucht nicht Leute, die etwas werden wollen, sondern die etwas sein wollen.“ Heinrich Jürgens war eine beeindruckende Persönlichkeit. Sein Wesen, sein Auftreten, seine Stimme, seine Linie, auch seine Geschichten, bleiben unvergessen. Er war der liberale Niedersachse schlechthin, „sturmfest und erdverwachsen“, knorrig und liebenswürdig. Seine Familie lebte seit Jahrhunderten auf dem Hof in Oeftinghausen. Diese heimatischen Wurzeln gaben ihm Kraft, das ließ er für jeden sichtbar werden.

Zugleich war er mit Leib und Seele Europäer. Die schweren Verwundungen, die er im Kriege davon getragen hatte, waren wohl tiefer, innerer Anstoß, am europäischen Erinnerungsprozess, dem Überwinden von Grenzen und dem Sichern von Frieden mitzubauen. Seine Sprache der Aussöhnung wurde überall verstanden.

Heinrich Jürgens suchte Harmonie und gab sie gern weiter. Mit ihm fühlte man sich wohl. Diese Ausstrahlung war sein „Programm“, sein Lebensstil. Diese Erinnerung an einen warmherzigen Liberalen bleibt lebendig in uns.

Walter Hirche □

## Nachruf auf Heinrich Jürgens



Die niedersächsischen Liberalen trauern um ihren Ehrenvorsitzenden Heinrich Jürgens, der am Freitag, den 4. August 2006 im Alter von 82 Jahren verstarb.

Heinrich Jürgens wurde am 28. Juli 1924 in Oeftinghausen, Gemeinde Ehrenburg, Landkreis Diepholz geboren, wo der von seinen Eltern übernommene Hof, der sich seit dem 16. Jahrhundert im Familienbesitz befindet, bis zuletzt sein Lebensmittelpunkt war.

Nach dem Abitur auf dem Gymnasium in Diepholz wurde er im Jahre 1942 zur Wehrmacht eingezogen. Als Offizier kehrte er nach Ende des Krieges mit schweren Verletzungen aus der Gefangenschaft zurück. Er absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre, legte 1954 die Meisterprüfung ab und bewirtschaftete bis 1974 den ererbten väterlichen Betrieb.

Schon früh begann sich Heinrich Jürgens für die Politik zu interessieren. Als 11jähriger besuchte er mit seinem Großvater, der während der Weimarer Republik Mitglied des Reichstages war, im Jahre 1936 frühere Reichstagsabgeordnete und traf erstmals mit Theodor Heuss zusammen, dem er 1948 bei der Gründung der FDP in Heppenheim zufällig wieder begegnete.

1952 trat Heinrich Jürgens in die Deutsche Partei ein. Nach deren Auflösung im Jahre 1959 trat er der FDP bei.

1960 wurde er in den Rat der Gemeinde Schwaförden gewählt, dem er bis 1974 angehörte. Von 1964 bis 1986 war er Mitglied des Kreistages des Landkreises Diepholz, dessen Landrat er von 1968 bis 1977 war. Von 1974 bis 1990 war er Bürgermeister der Samtgemeinde Schwaförden.

Dem Niedersächsischen Landtag gehörte Heinrich Jürgens von 1974 bis 1978, von 1982 bis 1984 und von 1986 bis 1994 an, wobei er von 1974 bis 1978 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages war. Von 1986 bis 1990 war er niedersächsischer Minister für Bundes- und

Europaangelegenheiten, Mitglied im Bundesrat sowie Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund. Die europäische Zuständigkeit eines Landesministers für Europa wurde erstmals in der Bundesrepublik durch Heinrich Jürgens eingeführt. Hierin kommt die Bedeutung, die er der europäischen Idee beimaß, besonders zum Ausdruck. Die anderen Bundesländer folgten nach und nach seinem Beispiel. Von 1979 bis 1984 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Heinrich Jürgens war von 1978 bis 1991 Vorsitzender der FDP Niedersachsen und seit 1991 ihr Ehrenvorsitzender. Er war u. a. Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1989) sowie der Niedersächsischen Verdienstmedaille (1991). Die Pflege und Bewahrung der plattdeutschen Sprache war ihm stets ein besonderes Anliegen. Heinrich Jürgens hat die FDP, die Kommunal-, Landes- und Europapolitik über Jahrzehnte hinweg in besonderem Maße geprägt. Er hat in der niedersächsischen FDP in schwieriger Zeit Verantwortung übernommen und die Landespartei geeint, erfolgreich geführt und sich um die liberale Sache in hohem Maße verdient gemacht. Heinrich Jürgens zeichnete sich insbesondere durch seine humorvolle, unkomplizierte und bürgernahe Art aus, die er sich bei allen Ämtern und Ehrungen bewahrte und die ihn liebenswert machte. Sein persönlicher Politikstil, der Ausdruck seiner gelebten Heimatverbundenheit war, und die stets gegebene Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit machten ihn parteiübergreifend zu einem sehr geschätzten Politiker und Menschen.

Wir werden Heinrich Jürgens sehr vermissen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

**Dr. Philipp Rösler, MdB**  
Landesvorsitzender □

# Heinrich Jürgens zum Gedenken

Ich habe Heinrich Jürgens 1982 kennen gelernt. Schon früher hatte ich von ihm gehört, als beliebter und angesehener Landrat des Landkreises Diepholz war er eine politische Bekanntheit im Land. Persönlich näher erlebt habe ich ihn erst mit meiner Wahl in den Landesvorstand. Die Arbeit in der FDP hat uns fortan verbunden. Diese Zusammenarbeit fand in unserer gemeinsamen Tätigkeit im niedersächsischen Bundesratsministerium ihre besonders enge und vertrauensvolle Form. Später, als ich seine Nachfolge im Landesvorsitz antrat, gab er mir jede denkbare und mögliche persönliche Unterstützung. Aus der Zusammenarbeit wurde Freundschaft, eine Freundschaft, die das politische Tagesgeschäft als Gemeinsamkeit nicht brauchte. Dies haben wir beide nicht erst seit unserem Ausscheiden aus der aktiven Politik gewusst.

Ich habe Heinrich Jürgens viel zu verdanken, ich wünschte mir die annähernde Gewissheit, ihm die-

sen Dank abgestattet zu haben.

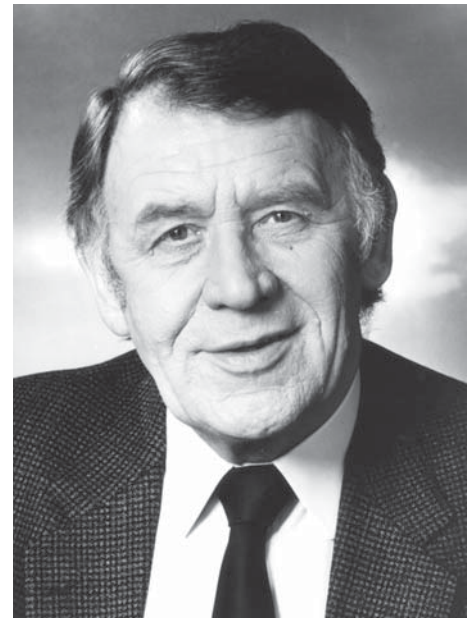
Heinrich Jürgens war ein Politiker, der in einzigartiger Weise persönliche Glaubwürdigkeit, politische Zuverlässigkeit, Offenheit und Bodenständigkeit in seiner Person vereinte. Auf sein Wort war Verlass, auf seine Zuneigung und Freundschaft auch. Er war als Politiker erfolgreich, weil er mit seiner Persönlichkeit die Menschen für sich einnahm. Auch meine Familie hatte er im Übrigen schnell gewonnen. Meine Kinder können noch heute die Zauberkunststücke vorführen, mit denen er sie vor mehr als zwanzig Jahren verblüffte. Heinrich Jürgens war liebenswert und liebevoll. Es gehört zum Glück meines Lebens, mit Heinrich Jürgens befreundet gewesen zu sein.

Stefan Diekwisch □

# Heinrich Jürgens war Orientierung für Diepholz

Heinrich Jürgens war ein leuchtendes Beispiel für Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit in der Politik. Über alle Parteigrenzen hinweg war er sicherlich nicht nur im Landkreis Diepholz für alle Menschen ein herausragender Ansprechpartner. Als überzeugtem Liberalen ging es ihm dabei nicht in erster Linie um das Wohlergehen der Partei, sondern darum, die Anliegen der Menschen in seinem Umfeld aufzunehmen und sich darum zu kümmern. Das machte ihn bei allen so überaus beliebt. Trotz Ministeramt und Abgeordnetentätigkeit im Europaparlament betonte er immer wieder, dass ihm die Arbeit als Landrat unseres Landkreises am meisten Freude bereitet hätte. Hier spürte er auch den Rückhalt der Bevölkerung am deutlichsten. Im FDP Kreisverband Diepholz war er über Jahrzehnte hinweg gemeinsam mit Fritz Logemann die entscheidende Orientierungshilfe bei der Bewäl-

tigung unserer kommunalpolitischen Aufgaben. Ruhe und Gelassenheit, gepaart mit dem Gespür für die Bedürfnisse der Menschen im heimischen ländlichen Raum, waren seine Markenzeichen. Heinrich Jürgens konnte selbst schwierigste Situationen mit dem ihm eigenen unverwechselbaren Humor entkrampfen. Niemand aus dem Lager des politischen Gegners konnte ihm die Anerkennung verweigern, weil er immer bereit war, die Argumente des Anderen zu hören und



zu prüfen.

Wir haben von Heinrich Jürgens nicht nur politisch, sondern auch menschlich profitiert und sind stolz und dankbar, einen solch charakterfesten Politiker und Menschen in unseren Reihen gehabt zu haben.

Hans-Werner Schwarz □

## Vita

- Geboren am 28. Juli 1924 in Oeftinghausen, Gemeinde Ehrenburg, Kreis Diepholz.
- Verheiratet, 3 Kinder



- Hobby's: Eulensammeln, Plattdeutsche Vorträge, gelegentlich auch im Landtag, zuletzt, in der Aprilsitzung 1994 setzte er für die FDP-Fraktion den Antrag durch, das Niederdeutsche in die Charta der besonders geschützten europäischen Sprachen aufzunehmen. (Seine Schlussrede als Parlamentarier wollte er auf Plattdeutsch halten, das war aber zu seinem Verdruss nicht möglich, da die Fraktion sich darauf verständigt hatten, den Antrag ohne Aussprache zu verabschieden.)

- 1942 Wehrdienst bis Kriegsende, Offizier, schwer verwundet
- 1954 Landwirtschaftliche Meisterprüfung
- 1950 bis 1974 Bewirtschaftung des seit dem 16. Jahrhundert in Familienbesitz befindlichen Hofes
- 1952 Eintritt in die deutsche Partei  
Nach deren Auflösung 1959 Eintritt in die Freie Demokratische Partei

- Sein Vorbild: Sein Großvater, während der Weimarer Republik Mitglied des Reichstages und des Preußischen Landtages. Durch ihn lernte er auch vor dem Krieg Theodor Heuss, den ersten deutschen Bundespräsidenten kennen.

- 1960 bis 1974 Ratsmitglied der Gemeinde Schwaförden
- 1964 bis 1986 Kreistagsabgeordneter
- 1974 bis 1990 Bürgermeister der Samtgemeinde Schwaförden
- 1968 bis 1977 Mit Herz und Engagement Landrat im Landkreis Diepholz
- 1974 bis 1978 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
- 1978 bis 1991 Vorsitzender der FDP in Niedersachsen
- seit 1991 Ehrenvorsitzender der Niedersächsischen FDP
- 1979 bis 1984 Mitglied der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament

- 1982 bis 1984 Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- 1986 bis 1994 Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- 1986 bis 1990 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten  
Mitglied im Bundesrat, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen

- Die Europäische Zuständigkeit eines Landesministers führte Jürgens als erster Minister ein
- Alle anderen Länder haben seither nachgezogen

## Politische Leitvorstellungen

Wer in die Politik geht, muss drei Dinge beachten:

1. dass er gewählt werden kann,
  2. dass er abgewählt werden kann,
  3. dass er, wenn er abgewählt ist, zwei Tage später vergessen ist.
- „Wer das nicht haben kann, darf nicht in die Politik gehen.“

„Die Probleme des Einzelnen müssen in der Politik das Wichtigste sein!“

„Das Loch in der Straßendecke und die defekte Laterne beeindruckten die Bürger oft mehr als hohe Politik.“

## Auszeichnungen

- 1980 Bundesverdienstkreuz der 1. Klasse in der Bundesrepublik Deutschland
- 1989 großes Bundesverdienstkreuz
- 1990 Medaille der Europaunion Deutschlands  
Medaille des staatlichen Israels
- 1991 Niedersächsische Verdienstmedaille
- 1999 goldene Europaunion Medaille  
goldene Theodor-Heuss Medaille

## Adieu, Heinrich

Mit großer Trauer nehme ich Abschied von Heinrich Jürgens. Er war einige Zeit mein Chef. Ein Chef, für den man nur schwärmen konnte. Aber er war auch mein Ziehvater, mein Mentor, mein Ratgeber, mein väterlicher Freund. Ich war, als er Minister war, seine persönliche Referentin und Ministerbüroleiterin. Von Heinrich Jürgens habe ich gelernt, dass man weltoffen und heimatverbunden zugleich sein kann. Von ihm weiß ich, dass Plattdeutsch und Europa durchaus zusammenpassen. Er hat mir beigebracht, dass Europa kein Moloch, sondern die größte Friedensinitiative der Welt ist. Und ich habe in meinem ganzen Leben niemanden kennengelernt, der solch große Menschenkenntnis hatte. Wann immer ich Rat oder Hilfe brauchte, er war da. Und sein Rat war immer richtig. Er war und bleibt für mich ein großes Vorbild. Er hat mir vorgelebt und gezeigt, wie wichtig Menschlichkeit, Gradlinigkeit, persönliche Integrität, Hilfsbereitschaft, Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit und vor allem Zuverlässigkeit im Leben eines Menschen sind. Ich werde ihn sehr vermissen.

Ulla Ihnen □

# Aus dem Niedersächsischen Umweltministerium:

## Auf Kommunalpolitik kommt es an

Durch die Verwaltungsmodernisierung konnte erreicht werden, dass die Idee: „Vor Ort entscheiden, was vor Ort entschieden werden



kann“ ein wenig mehr verwirklicht werden konnte. An zwei Beispielen aus der Umweltpolitik wird dies deutlich: Die Ausweisung von Naturschutzgebieten wird künftig von den Landkreisen und kreisfreien Städten erfolgen. Derzeit ist dies noch Aufgabe des Landes, wenn damit der konkrete Schutz von Vogelschutzgebieten und FFH-

Gebieten verfolgt wird. Das heißt für eine geringe Anzahl von Gebieten, für die mildere naturschutzrechtliche Mittel nicht zur Verfügung stehen, ist derzeit noch das Land zuständig. Mit der neuen Zuständigkeit gibt es vor Ort die Chance, selbst Einfluss zu nehmen, was wie geschützt wird und wie beispielsweise Betretungsregelungen getroffen werden. Somit sind hier Kommunalpolitiker wieder stärker gefragt.

Mit der Möglichkeit Ersatzgeld für Eingriffe in die Natur festzusetzen, wenn Ausgleich und Ersatz möglich sind, haben die Naturschutzbehörden ein weiteres Instrument. Dieses

kann Investitionen beschleunigen und Verwaltungsaufwand verringern. Statt vieler, häufig unkoordinierte Einzelmaßnahmen werden zusammenhängende und für die Natur sinnvolle Vorhaben möglich und finanzierbar. Ich wünsche mir, es würden noch mehr Kommunen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Dass dies geschieht, ließe sich in der einen oder anderen Kommune vielleicht durch Anfragen und Anträge befördern.

Die guten Möglichkeiten, die wir den Kommunen geben, selbst zu entscheiden, nützen allerdings nur soviel, wie sie genutzt werden. Damit

sie auch angewandt werden können, benötigen wir viele liberale Mandatsträger. Dafür kämpfen wir bei dieser Kommunalwahl. Denn nicht nur im Umweltbereich sollen die Menschen vor Ort entscheiden. Wo die Zuständigkeiten an die Kommunen nicht weitergegeben werden können, werde ich auch weiterhin die Menschen in Beteiligungsverfahren einbeziehen. Überstülpen lassen sich Liberale nichts und anderen überstülpen wollen wir auch nichts.

**Hans-Heinrich Sander,  
Niedersächsischer Umweltminister** ■



## Aus dem Europaparlament:

### Europas Weinsektor steht vor großen Veränderungen

Auf den Tag genau ein Jahr nach Ihren Vorschlägen zur Reform der EU-Zuckermarktordnung - am 22. Juni 2006 - hat die Europäische Kommission nun eine Mitteilung über die Reform der gemeinsamen Marktordnung (GMO) für Wein veröffentlicht. Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer Boel setzt somit die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik hin zu mehr Marktorientierung und mehr Wettbewerb fort, die ihr Vorgänger - der Österreicher Franz Fischler - begonnen hatte.

Nachdem sich im Rahmen dieser Neugestaltung nahezu alle Sektoren grundlegenden Reformen unterziehen mussten, ist es folgerichtig, dass sich nun auch der europäische Weinmarkt Veränderungen stellen muss.

Um die politische Debatte über die Zukunft des europäischen Weinsektors zu eröffnen, zieht die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung vier mögliche Optionen für die Reform der gemeinsamen Marktorganisation der EU für Wein in Betracht: a. die Beibehaltung des Status quo mit geringfügigen Anpassungen, b. eine Reform in Anlehnung an die bisherige Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), c. die vollkommene Deregulierung des Weinmarkts oder d. eine grundlegende Reform der Wein-

marktordnung. Die letztgenannte Option wird von Seiten der Kommission bevorzugt. Für Dezember 2006 oder Januar 2007 erwägt sie, entsprechende Legislativvorschläge vorzulegen. Anschließend wird dann im Zusammenspiel mit dem Europäischen Parlament und den EU-Landwirtschaftsministern eine politische Einigung erzielt werden. Ziel der Reform ist laut Kommission eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weinerzeuger, die Stärkung des Rufs europäischen Weins als besten Wein der Welt sowie die Wiedergewinnung verlorener und die Eroberung neuer Marktanteile, gerade letzteres tut Not.

Die Europäische Union ist mit 45 Prozent der Weinanbauflächen und mit 60 Prozent der Erzeugung weiterhin der weltweit führende Weinerzeuger. Gleichzeitig ist die EU der führende Verbraucher und größte Exporteur von Wein sowie der größte Einfuhrmarkt für Wein. Auch Deutschland ist ein wichtiges Weinland. Deutschland ist der viergrößte Weinerzeuger in der Europäischen Union und weltweit der größte Weinimporteur. Deutsche Winzer produzieren Weine von internationaler Spitzenklasse und konkurrieren dabei auf den Weltmärkten mit Produzenten aus anderen Ländern - insbesondere aus



der ‚Neuen Welt‘. Gerade die Weinexporte Südafrikas, Australiens, Chiles und der Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren einen spektakulären Anstieg verzeichnet. Gleichzeitig wird in Europa bei stetiger Abnahme des Weinverbrauchs zu viel Wein erzeugt, für den es keinen Markt gibt und es wird zu viel Geld ausgegeben, um Überschüsse abzustößeln. Deshalb ist eine Reform des europäischen Weinsektors unausweichlich. Es gilt nun, gemeinsam mit allen Beteiligten einen Weg aufzuzeigen, der auch weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit europäischer und deutscher Winzer garantiert. Die FDP im Europäischen Parlament wird sich in der nun begonnenen Diskussion dafür einsetzen, dass deutsche Winzer und deutsche Qualitätsweine weiterhin in der internationalen Spitzenklasse bleiben.

**Willem Schuth, MdEP** ■



## Aus dem Bundestag:

### Eine klare Linie ziehen

Fast ein Jahr große Koalition, Monate, in denen sich die politischen Spielregeln verändert haben, aber die dringenden Probleme unseres Landes nur in Trippelschritten angegangen wurden. Die erdrückende Mehrheit von Union und SPD im Bundestag und Bundesrat stellt die Demokratie vor neue Herausforderungen.

Die FDP als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag zeigt Flagge: Wir kämpfen mit aller Kraft und machen konstruktive Kritik hörbar. Demokratie braucht eine starke Opposition, die den schwarzen Einheitsbrei durchdringt und den Finger in die Wunde legt und Alternativen aufzeigt. Deutschland braucht eine Opposition, die mit guten Ideen ihre Stimme erhebt. Die FDP-Fraktion ist dafür inhaltlich bestens gerüstet, wie die Beispiele Haushaltspolitik, Wirtschafts- und Steuerpolitik, Gesundheitsreform und Außenpolitik zeigen.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders notwendig, unsere Oppositionsarbeit auf eine breite Basis zu stellen: Sie sind gefordert, Initiator

und Sprachrohr unserer Politik zu sein. Unsere guten Vorschläge müssen auch Sie in den Köpfen der Menschen verankern, nicht zuletzt im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 10. September. Durch Standardarbeit vor Ort, durch Diskussionsveranstaltungen und Bürgergespräche sollten Sie unsere gemeinsame Arbeit verdeutlichen.

Verbraucherschutz ist ein Thema, das an Bedeutung gewinnt. Deshalb bin ich froh, in der Sprecherfunktion für den Agrar- und Ernährungsbereich und eben auch für den Verbraucherschutz zuständig zu sein. Dabei ist es besonders wichtig, Verbraucherrechte und Unternehmens-



interessen zusammenzuführen. Zentrales Anliegen liberaler Politik muss es dabei sein, durch Bildung und Aufklärung die Verbraucher zu stärken. Es gilt, in dieser Legislatur-

Fortsetzung auf Seite 7

periode zu beweisen, dass effektiver Verbraucherschutz nicht durch eine Verstaatlichung von Verantwortung gesichert wird, sondern

durch eine gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Verbänden und den mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Sie sollten das Thema Verbraucherschutz vor Ort konkret in ihrer politischen Arbeit verankern. Dabei unterstütze ich Sie gerne.

**Hans-Michael Goldmann, MdB**  
Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe in der FDP Bundestagsfraktion ■



## Aus dem Bundestag:

### Sommerfahrplan mit vielen Gesprächen vor Ort

Die Sommerpause im Deutschen Bundestag bietet die Gelegenheit, durch Bereisungen vor Ort

Sommer vom Kommunalwahlkampf geprägt ist, den ich landesweit tatkräftig unterstütze. In der Region Nord-West geht es thematisch oftmals um die Landwirtschaft (z.B. die Cross-Compliance-Regelung) Deichbau, Unternehmensentwicklung und die Konzeption der Metropolregion Oldenburg-Bremen.

In Berlin steht die Meerespolitik ganz oben auf der Tagesordnung. Die Europäische Kommission hat

im Juni ein Grünbuch zur europäischen Meerespolitik veröffentlicht und die Bundesregierung für das kommende Jahr eine nationale Meeresschutzstrategie angekündigt. Dies hat für Niedersachsen als Küstenland besondere Bedeutung. Die EU setzt auf eine nachhaltige Nutzung der Meere. Neben dem Schutz sollen die wirtschaftlichen Potenziale der Meeresregionen international abgestimmt verstärkt genutzt werden.

Daher habe ich Mitte Juli mit meinem Mitarbeiter verschiedene Meeresinstitutionen im Norden bereist. Neben dem Besuch der Seehundzuchtstation und dem neu eröffneten „Waloseum“ in Norddeich konnte ich u. a. auch das Institut für Chemie und Biologie des

Meeres der Uni Oldenburg (ICBM) und die angeschlossene Meeresstation in Wilhelmshaven besuchen. Bei den direkten Gesprächen zwischen Wissenschaft, forschenden Studenten und Politik geht es immer auch um eine verbesserte Kommunikation. Politik entscheidet oft nur auf Basis von Grenzwerten, wobei die Wissenschaft auf die Betrachtung der Gesamtzusammenhänge und die direkten Umweltauswirkungen verweist. Kleinste Veränderungen in der Nahrungskette können bereits große Verschiebungen in einer Fischpopulation hervorrufen.

Die Aufzucht und Erforschung der Seehunde in Norddeich ist besonders unter Tierschutz- und Umweltbildungsaspekten zu betrachten.

Beide Einrichtungen, ganz besonders das „Waloseum“ mit dem ausgestellten Walskelett, präsentieren sich pädagogisch gut aufbereitet und als Touristenattraktion. Sie helfen, die Wissenslücken in der Bevölkerung über das Meeresökosystem zu schließen.

Für die Kommunalwahl wünsche ich allen Kandidaten und der FDP insgesamt viel Erfolg und bedanke mich bei allen fleißigen Helfern für die geleistete Unterstützung.

**Angelika Brunkhorst, MdB**  
Sprecherin für Naturschutz und Reaktorsicherheit ■



brennende Themen der kommunalen Ebene aufzugreifen, notwendige Gespräche zu führen und Kontakte zu knüpfen. Wobei dieser

## Große Koalition der Abkassierer

„Steuererhöhungen zum Stopfen von Haushaltslöchern schaden der Konjunktur“, sagte Angela Merkel im Wahlkampf. „Wer in dieser Situation die Mehrwertsteuer erhöhen will, vernichtet zusätzliche Arbeitsplätze in unserem Land“, verkündete Franz Müntefering. Inzwischen wissen wir, was von solchen Wahlkampfbekundungen von CDU/CSU und SPD zu halten ist.

Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Allen Warnungen der Sachverständigen zum Trotz hat die Große Koalition gigantische Steuererhöhungen durchgezogen, die größten Steuererhöhungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Mehrwertsteuer und Versicherungsteuer werden ab kommendem Jahr von 16 Prozent auf 19 Prozent angehoben. Die Ent-

fernungspauschale für die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wird für Wegstrecken bis 20 Kilometer gestrichen. Der Sparerfreibetrag wird nahezu halbiert. Für noch in Ausbildung befindliche Kinder über 25 Jahre gibt es bald keinen Kinderfreibetrag bzw. kein Kindergeld mehr. Die „Reichensteuer“ wurde beschlossen, Renten- und Krankenversicherungsbeiträge steigen.

Einsparungen auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts haben bei der Großen Koalition dagegen Seltenheitswert. Vom Gesamtvolumen der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung entfallen nur 15 Prozent auf Ausgabenbegrenzungen. 85 Prozent der „Haushaltssentlastungen“ aber werden durch Steuer- und Abgabenerhöhungen

erreicht. Das jedoch ist der grundlegend falsche Weg, wie zahlreiche Studien zu Konsolidierungsprogrammen anderer Staaten zeigen. Die Forderung der meisten Fachleute - insbesondere des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Deutschen Bundesbank -, die Haushaltssanierung hauptsächlich über Ausgabenkürzungen zu bewerkstelligen, hat die Regierungskoalition mißachtet. Hunderte von Einsparvorschlägen in insgesamt zweistelliger Milliardenhöhe hat die FDP bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gestellt. Sie wurden in den Wind geschlagen.

Die FDP wird sich weiter dafür einsetzen, dass der Abkassiermentalität von CDU/CSU und SPD ein Ende bereitet wird. Die Staatsfinanzen



gesunden nicht durch Steuer- und Abgabenerhöhungen. Höhere Steuern und Abgaben bremsen vielmehr die konjunkturelle Entwicklung, Arbeitsplätze werden vernichtet. Nur durch nachhaltige Einsparungen bei den Ausgaben und durch ein ordentliches und dauerhaftes Wirtschaftswachstum können die öffentlichen Haushalte saniert werden. Es wird Zeit, daß die Große Koalition die ökonomischen Gesetze beachtet.

**Carl-Ludwig Thiele, MdB**  
Stellv. Vorsitzender d. FDP-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der AG Steuern und Finanzen der FDP-Fraktion ■



# Aus dem Bundestag: Elterngeld wird nur Starterpaket bleiben

Die Bundesregierung will mit ihrem Elterngeld familien- und kinderfreundliche Politik voranbringen. Dieses Vorzeigeprojekt wird an der Lage der Familien nichts ändern, Nach 12 oder 14 Monaten Elterngeld schnappt die Kinderbetreuungsfalle zu, denn danach fehlen bei uns Krippenplätze. So wird das Elterngeld nur ein Starterpaket bleiben.

Die Bundesregierung verpflichtet dabei Kommunen per Gesetz zu mehr Kinderbetreuung, zieht sich aber finanziell aus der Verantwortung. Deshalb fordert die FDP einen Kinderbetreuungs Gipfel von Bund, Ländern und Gemeinden, damit nun endlich akzeptable Lösungen für die Betreuung von Kindern ab dem ersten Lebensjahr gefunden werden. Die FDP-Bundestagsfraktion hat bereits im April in einem Bundestagsantrag eine Allianz für Familien gefordert, mit echten

Chancen für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen mehr Markt und mehr Wettbewerb bei der Kinderbetreuung. So müssen wir uns u.a. von starren Öffnungszeiten verabschieden. Wer heute als Mutter aus dem Büro zum Kindergarten hastet, kennt den Druck, dem Eltern täglich ausgesetzt sind. Die Idee des schwarz/roten Elterngeldes ist der Ersatz für Lohnausfall. Dieses Prinzip wird allerdings durchbrochen, wenn auch ALG II-Empfänger/-innen Elterngeld erhalten, die keinen Lohn beziehen. Das Elterngeld bringt außerdem 155.000 Familien weniger als bislang das Erziehungsgeld, welches jetzt noch nicht gezahlt wird. Gravierend kommt noch hinzu: Das schwarz/rote Elterngeld diskriminiert Frauen mit Lohnsteuerklasse 5: Bei 2000,- Euro brutto/monat-

lich erhält eine Arbeitnehmerin 390,- Euro/ monatlich weniger als bei Steuerklasse 3. In einer Expertenanhörung des Bundestages zum Elterngeld sind von den Fachleuten viele Schwachpunkte aufgezeigt worden. Dabei wurde immer wieder ein fehlendes Kinderbetreuungsangebot nach dem ersten Lebensjahr des Kindes – nach Ende des Elterngeldes – kritisiert. Solange sich daran nichts ändert, ist den Familien letztlich nicht geholfen.



Der Antrag der FDP-Fraktion zur Kinderbetreuung und der Gesetzentwurf zum Elterngeld: [ina.lenke@bundestag.de](mailto:ina.lenke@bundestag.de)

Ina Lenke, MdB



## Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker: ... und nach der Wahl muss wieder gespart werden!



Wahlprogramme kommen in diesen Tagen nicht ohne den Hinweis auf die Notwendigkeit aus, mit den Finanzen sorgfältig umzugehen. Das Bewusstsein dafür hat sich in den agierenden Parteien längst festgesetzt. Dennoch: Es gibt doch noch Geld zu verteilen. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man die Programme zur Kommunalwahl durchsieht. Straßenbau, Kinderbetreuung oder andere lokale Wohltaten, die bisher nicht finanzierbar sind, werden in

Aussicht gestellt auch zu Lasten Dritter, versteckt hinter Formulierungen wie „wir werden uns dafür einsetzen, dass ...“. Wenn die Versprechungen nicht allzu unglaubwürdig wirken, wird man ein gewisses Verständnis für solche Programmpunkte haben. Die Wahlkämpfer aller Parteien möchten natürlich den Eindruck erzeugen und glauben wohl auch selbst daran, dass sich mit ihnen die Lebensbedingungen vor Ort sich verbessern. Die finanzielle Situation der



Kommunen hat sich eben im Durchschnitt trotz der Berliner Reformansätze nicht verbessert.

Die Politik der verschiedenen Bundesregierungen hat dazu geführt, dass die Kommunen viel mehr Sozialausgaben zu finanzieren haben, als nach Konstruktion der Einnahmen zu verkräften sind. Seit vielen Jahren ist eine kommunale Finanzreform überfällig. Diese muss einhergehen mit einer generellen Umgestaltung des Steueraufkommens, damit nicht in allen staatlichen Ebenen die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben noch weiter auseinander geht. Vorschläge für eine solche Umgestal-

tung hat die FDP ja gemacht, nur ihre Überzeugungsarbeit muss verbessert werden. Die finanzielle Situation Niedersachsens muss im Einklang mit solchen Änderungen erheblich verbessert werden, damit der Betrag für den kommunalen Finanzausgleich wieder auf eine Höhe gebracht werden kann, die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise vor dem Abrutschen in die Kassenkredite bewahrt werden.

Prof. Herbert Hotje,  
Vorsitzender der  
VLK Niedersachsen

## Junge Liberale: Auf in Niedersachsens Rathäuser

Am Wochenende des 22.07 bis 23.07 trafen sich in Jever etwa 30 Junge Liberale aus ganz Niedersachsen, um sich in einem Planspiel in die Rolle eines Ratscherrn bzw. einer Ratsfrau zu versetzen. Und so war das von den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Björn Försterling und Florian Bernschneider geleitete Planspiel für viele der Teilnehmer eine sinnvolle Vorbereitung auf die Zeit

nach dem 10. September, denn fast alle der teilnehmenden JuLis befinden sich bei der Kommunalwahl auf Listen der FDP. Höchstens die Aufteilung in die verschiedenen Fraktionen der fiktiven Stadt „Sand am Meer“ war für die vielleicht zukünftigen wirklichen Ratsmitglieder gewöhnungsbedürftig. Denn bei den beiden Anträgen der Verwaltung von „Sand am Meer“ zum Verkauf eines Grundstückes zum Bau eines Einkaufszentrums und der Einrichtung einer Ganztagschule stritten sich die jungen Politiker der vier verschiedenen Fraktionen, ob nun von den grünen „Wattfröschen“ oder der „Sander Freiheitspartei“, wie im richtigen Ratsleben. Die regionale Tagespresse war sich in Jever



sicher, dass „so viel Schwung manchen Rathäusern in Friesland gut tun würde“. Die schwarz-grüne Koalition, die sich am Samstag bildete, um Posten zu besetzen, scheiterte dann am Sonntag an den Inhalten. Am Ende waren sich alle Teilnehmer einig: „Wir sind froh im wahren Leben für die FDP zu kandidieren und in den Wahlkampf zu ziehen“





## Erfolgreiche Jahresmitgliederversammlung in Hannover – Kommunalwahl fest im Blick



Die Liberalen Frauen Niedersachsen haben sich feste Ziele ge-

setzt. Auf der Versammlung im Juli stellten sie ihren Mitgliedern

die Strategieplanung 2006 – 2008 vor. „Wir werden in dieser Zeit an fest definierten Themen arbeiten und unsere Meinung und Forderungen dazu auf Veranstaltungen und über die Presse an die Öffentlichkeit bringen. Auf diesem Wege wollen wir an liberaler Politik interessierte Frauen ansprechen, neue Mitglieder gewinnen und zugleich unserer Mutterpartei, der FDP, damit politisch zuarbeiten. Wir streben bis Ende 2008 einen 30-prozentigen Frauenanteil im FDP-Landesverband an“, so die Vorsitzende, Ursula Walter, denn erst ab diesem Anteil wird

innerhalb eines Verbandes eine Gruppe wahrgenommen und hat Gewicht und Einfluss.

Im Wahlkampf kommt es jetzt darauf an, gerade Wählerinnen für die FDP zu gewinnen. Untersuchungen haben ergeben, dass gegenüber anderen Parteien die Liberalen von deutlich weniger Frauen gewählt wurden. Das hat regional gesehen bis zu 2 % ausgemacht. „Auf diese Prozente wollen wir nicht weiter verzichten“ sagt Ursula Walter. Dies sahen auch die Gäste der Versammlung, FDP-Landesvorsitzender

Dr. Philipp Rösler und FDP-Generalsekretär Dr. Stefan Birkner so und boten den Liberalen Frauen die professionelle Überarbeitung und Druck ihres Kommunalwahl-Flyers sowie den Versand an alle FDP-Kreisverbände an. Darüber freuen sich die LIF herzlich und bitten alle Kreisvorsitzende und Wahlhelfer: „Bringen Sie an Ihren Info-Ständen diesen Flyer an die Frau!“

**Ursula Walter,**  
**Landesvorsitzende**  
**Liberaler Frauen** ■

## Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung/ Rudolf-von Bennigsen-Stiftung im zweiten Halbjahr 2006

Wer ein Werbemittel und eine Argumentationshilfe anderer Art benötigt, dem sei die gerade gedruckte Broschüre der Bennigsen-Stiftung „Über die Schwierigkeiten des Liberalismus geliebt zu werden“ ans Herz gelegt. Wolfgang Kersting, Autor des Textes, stellt fest, dass der Liberalismus trotz seines Erfolges im Wettbewerb der Systeme relativ wenige Anhänger hat. Warum das so ist, erklärt Kersting auf interessante und nachvollziehbare Weise. Wer Interesse hat, dem senden wir

gerne Exemplare zu. Bitte melden Sie sich in unserem Regionalbüro. Dort hat im April 2006 die 37-jährige Sylvia Bruns die Leitung des Regionalbüros Hannover von Susanne Liermann übernommen, die von Juli bis Oktober nochmals in Vertretung das Büro leitet. Sylvia Bruns ist gebürtige Hannoveranerin und studierte Politologin. Sie war zuvor mehrere Jahre für die Theodor-Heuss-Akademie in Gumpersbach tätig. Sylvia Bruns ist verheiratet und hat ein Kind. Im zweiten Halbjahr führen wir in



gewohnter Weise unsere Arbeit fort. Ein Schwerpunkt bleibt im Rahmen der Initiative „pro kopf“ die Bildung. Wohlstand, soziale Sicherung, Frieden und Freiheit sind direkt abhängig von der Bildungsbereitschaft und –fähigkeit unserer Gesellschaft. In kaum einem anderen Bereich ist die Wahlfreiheit Betroffener zugunsten egalitärer Vorstellungen so stark eingeschränkt wie in der Bildungspolitik. Dies führt paradoxerweise nicht zu einem gerechteren Bildungssystem, in dem Chancengleichheit herrscht, son-

der dazu, dass nur wenige Eltern ihren Kindern eigenverantwortlich gewählte Bildungswege eröffnen. Schwerpunkt wird also das Thema „Zukunft der Schule“. Alle aktuellen Termine, Themen und Veranstaltungen können Sie unseren Internetseiten [www.hannover.fnst.org](http://www.hannover.fnst.org) sowie [www.bennigsen-stiftung.de](http://www.bennigsen-stiftung.de) entnehmen ■

## Liberaler Senioren: Interview mit Elga Sorge



Elga Sorge, Jahrgang 1940, protestantische Theologin und Oberstudienrätin und seit dem 7.11.2005 Landesvorsitzende der Liberalen Senioren Niedersachsen, im Gespräch mit dem Ministerialdirigenten a.D. Gerd-Dietrich Tiefensee.

*Gerd-D. Tiefensee: Warum sind Sie als Theologin bei den Liberalen Senioren?*

Elga Sorge: Erstens, weil ich alt und dies sehr gerne bin, zweitens, weil ich freiheitsliebend bin und darum in der FDP aktiv bin.

*Gerd-D. Tiefensee: In welchem Um-*

*fang waren bei Ihrem Amtsantritt die Ziele der 2001 gegründeten LIS@ bereits erreicht?*

Auf diese Frage erhielt ich von den Gründungsmitgliedern einhellig die Antwort:

NICHTS. Doch ich übernahm einen wohlorganisierten Verein, der eine Satzung, Kontakte zur Bundes-LIS@, ca. 20 Mitglieder - und mittlerweile dreimal so viele hat.

*Gerd-D. Tiefensee: Und welche Ziele liegen IHNEN besonders am Herzen?*

Elga Sorge: Dieselben wie die meiner Vorgänger und der BUNDES-LIS@.

Nur engagiere ich mich weniger für den Kampf gegen Altersdiskriminierung und Jugendwahn, Generationen- und andere Ungerechtigkeiten. Mir ist es wichtiger, das POSITIVE ALTERSBILD, das es überall auch gibt, bewusst zu machen: das ALTER als die einzige ZUKUNFT, die alle haben und ORIGINELLE LEBENSPHASE, die man eigenverantwortlich und für das Gemeinwesen verantwortlich gestalten kann.

*Gerd-D. Tiefensee: Sie haben also auch übergeordnete Ziele und Vorstellungen?*

Elga Sorge: Natürlich genügt es uns

liberalen Seniorinnen nicht, nur um uns selbst und unsere Altersprobleme zu kreisen, für niedrigere Türschwellen und dickere Büchsenöffnergriffe zu sorgen. Unsere FREIHEIT vom Zwang des Kinder-grossziehens und Karrieremachens erlaubt es uns, auch ungewohnte Ideen zu verfolgen und mit dem LIBERALEN PFUND der Ideologiefreiheit ein wenig kühner zu wuchern als die FDP ...

*Gerd-D. Tiefensee: ... ist das nicht zu abgehoben?*

Elga Sorge: Nein, wie das Beispiel Großbritanniens zeigt. Man kann

mit einem POSITIVEN GESELLSCHAFTSBILD und dem MITTEL DER BEGEISTERUNG und HOFFNUNG sogar Arbeitslosigkeit eindämmen. Warum also nicht auch das Gesundheitswesen reformieren, soziale Kälte und andere Klimakatastrophen überwinden? Die LIBERALE BÜRGERGESELLSCHAFT mit den Erfahrungen der älteren Generationen in diesem Sinne mutig voranzubringen, ist das wichtigste Ziel und die vornehmste Aufgabe LIBERALER SENIOREN ■

Walter Hirche, Mdl  
Niedersächsischer Minister für Wirtschaft,  
Arbeit und Verkehr  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und  
Verkehr:  
Herr Norman Ranke  
Tel.: 05 11/20-54 39  
Fax: 05 11/20-54 82  
E-Mail: walter.hirche@mw.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro:  
Walter-Gieseeking-Straße 22 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/280 71-24 • Fax: 05 11/280 71-45



### FDP Niedersachsen Landesgeschäftsstelle

Walter-Gieseeking-Straße 22  
30159 Hannover

Tel.: 05 11/280 71-0  
Fax: 05 11/280 71-25  
E-Mail: nds@fdp.de  
Internet: www.fdp-nds.de

Landesvorsitzender: Dr. Philipp Rösler  
Generalsekretär: Dr. Stefan Birkner  
Landesgeschäftsführer: Christopher Hoerst

Dr. Philipp Rösler, Mdl  
Fraktionsvorsitzender



Ansprechpartner für  
die Bereiche  
Schaumburg,  
Nienburg-Süd,  
Hannover, Braunschweig

FDP Fraktion:  
Frau Mignon Fuchs  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-43 01 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
Internet: www.philipp-roesler.de  
E-Mail: philipp.roesler@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro:  
Walter-Gieseeking-Straße 22 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/280 71-24 • Fax: 05 11/280 71-45

Hans-Michael Goldmann,  
MdB



Vorsitzender der  
Landesgruppe  
Ansprechpartner für die  
Bezirksverbände  
Ems-Jade und  
Süd-Niedersachsen

Bundestag:  
Herr Ragnar Schwefel  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73811 oder -73812  
Internet: www.michael-goldmann.de  
E-Mail: hans-michael.goldmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Herr Heiko Ockenga  
Poststraße 32 • 26871 Aschendorf  
Tel.: 049 62/914393  
E-Mail: hans-michael.goldmann@wk.bundestag.de

Carl-Ludwig Thiele, MdB



Stellv. Fraktionsvorsitzender  
der FDP Bundestagsfraktion  
Ansprechpartner für den  
Bezirksverband Osnabrück

Bundestag:  
Herr Michael Ferber  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73285  
Internet: www.carl-ludwig-thiele.de  
E-Mail: carl-ludwig.thiele@bundestag.de

Wahlkreisbüro:  
Herr Jens Beeck  
Hasestraße 71 • 49074 Osnabrück  
Tel.: 05 41/26 06 91  
E-Mail: carl-ludwig.thiele@wk.bundestag.de

Dr. Claudia Winterstein,  
MdB



Ansprechpartner für den  
Bezirksverband  
Hannover-Hildesheim

Bundestag:  
Frau Monika Wittstock  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-71292  
Internet: www.claudia-winterstein.de  
E-Mail: claudia.winterstein@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Frau Heike Reinschmidt  
Hildesheimer Straße 7 • 30169 Hannover  
Tel.: 05 11/81146 66  
E-Mail: claudia.winterstein@wk.bundestag.de

Ina Lenke, MdB



Ansprechpartner für  
die Bezirksverbände  
Elbe-Weser und Lüneburg  
(ohne Celle)

Bundestag:  
Frau Katrin Arendt  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73666 oder 73665  
Internet: www.ina-lenke.de  
E-Mail: ina.lenke@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Frau Petra Hellmann  
Postfach 1233 • 28872 Oyten  
Tel.: 04207/2620  
E-Mail: ina.lenke@wk.bundestag.de

Angelika Brunkhorst, MdB



Ansprechpartner für den  
Bezirksverband Oldenburg

Bundestag:  
Frau Maja Geisler  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-74603  
Internet: www.angelika-brunkhorst.de  
E-Mail: a.brunkhorst@fdp-harpstedt.de

Wahlkreisbüro:  
Herr Eckhard Philipp  
Sonnenstraße 1 • 27793 Wildeshausen  
Tel.: 04431/931704  
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

Patrick Döring, MdB



Ansprechpartner für den  
Bezirksverband Braunschweig  
und den Kreisverband Celle

Bundestag:  
Frau Brigitte Lefarth  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73510 • Fax: 030/227-76510  
Internet: www.patrick-doering.de  
E-Mail: patrick.doering@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Herr Sven Brumma  
Walter-Gieseeking-Straße 22 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/280 71-0  
E-Mail: doering@fdp-nds.de

Ulrike Kuhlo, Mdl



Vizepräsidentin des  
Niedersächsischen Landtags

Ansprechpartner für die  
Bereiche Harburg-Land,  
Lüneburg, Uelzen,  
Lüchow-Dannenberg

FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 01 • Fax: 05 11/30 30-48 65  
E-Mail: ulrike.kuhlo@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro: Frau Maren Eikel  
Postfach 1163 • 21225 Bendestorf  
Tel.: 04183/972317 • Fax: 04183/972316  
E-Mail: kuhlowahlkreis@aol.com

Klaus Rickert, Mdl



Stellv. Fraktionsvorsitzender  
Ansprechpartner für  
die Bereiche  
Oldenburg, Wesermarsch  
und Vechta

FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 09 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: klaus.rickert@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro: N. N.  
Kornblumenweg 12 • 26125 Oldenburg  
Tel.: 0441/361075000 • Fax: 0441/361075002  
E-Mail: info@rickert-oldenburg.de

# Abgeordnete im Landtag und im Europaparlament

## Ansprechpartner und Wahlkreise



www.fdp-nds.de

Willem Schuth, MEdP

Europäisches Parlament:  
Herr Patrick Schlupp

Telefon (Brüssel): +32-228/47291  
Telefax (Brüssel): +32-228/49291

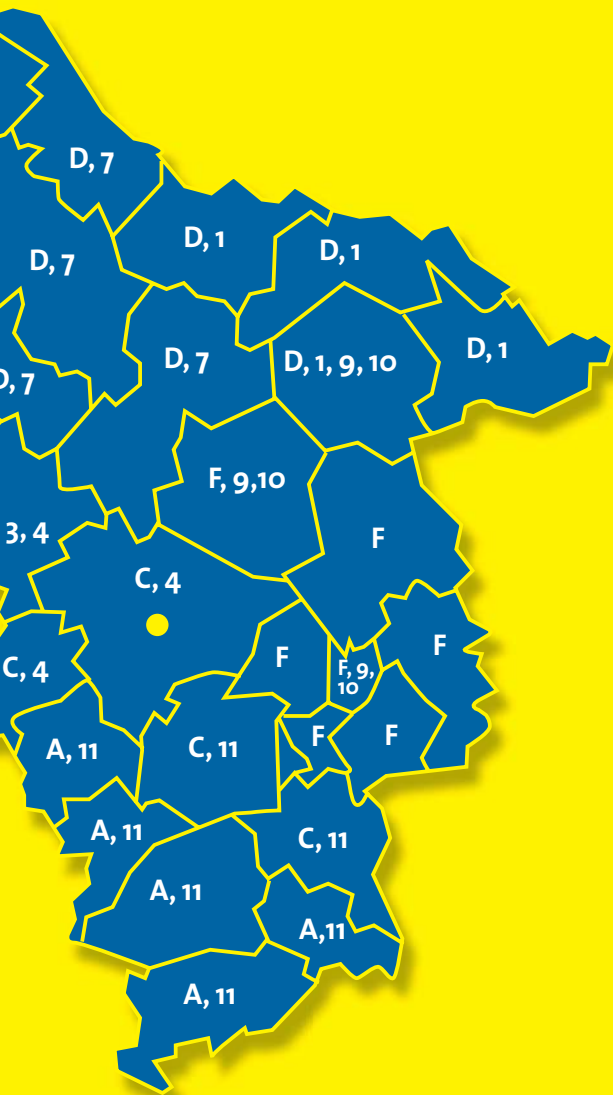
Rue Wiertz  
ASP 10G242

Telefon (Straßburg): +33-3881/75291  
Telefax (Straßburg): +33-3881/79291

B-1047 Brüssel

E-Mail: wschuth@europarl.eu.int

# Landtag, Bundestag Landtag Landtag und Wahlkreisbüros



**Norddeutsches Europabüro**

N. N.  
Walter-Giesecking-Straße 22  
30159 Hannover

Tel.: 05 11/2 80 71-36 • Fax: 05 11/2 80 71-24-37

E-Mail: Willem.Schuth@fdp.de  
Internet: www.willem-schuth.de



**Minister**

Hans-Heinrich Sander, MdL  
Niedersächsischer Umweltminister  
Umweltministerium:  
Herr Jens Meyburg  
Tel.: 05 11/120-33 01  
Fax: 05 11/120-3199  
E-Mail:  
hans-heinrich.sander@mu.niedersachsen.de

Wahlkreisbüros:  
Tel.: 055 32/82 80 • Fax: 055 32/81 371  
Holzminden: Frau Sieglinde Lindner  
Wiesenweg 59 • 37603 Holzminden  
Tel. 055 31/139 80  
Bad Pyrmont und Hameln: Frau Walter  
Plackenweg 17 • 31787 Hameln  
Tel.: 051 51/886 63



**3 Landtag**

Hans-Werner Schwarz, MdL  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Diepholz, Nienburg,  
Graf. Bentheim, Emsland  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 06 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: hans-werner.schwarz@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Marikka von Berlepsch  
Niedersachsenstr. 2 • 49356 Diepholz  
Tel.: 0 54 41/9 76 16 86 • Fax: 0 54 41/9 76 17 12  
Internet: www.hans-werner-schwarz.de  
E-Mail: wkb@hans-werner-schwarz.de



**8 Landtag**

Prof. Dr. Dr. Roland Zielke, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Osnabrück-Stadt und -Land,  
Graf. Bentheim  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 08  
Fax: 05 11/30 30-48 63  
Internet: www.rolandzielke.de  
E-Mail: roland.zielke@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Meike Bentje  
Hasestraße 71 • 49074 Osnabrück  
Tel.: 05 41/2 02 76 44 • Fax: 05 41/2 02 68 32



**4 Landtag**

Gesine Meißner, MdL  
Vorsitzende des Sozialausschusses  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Region Hannover,  
Schaumburg und Nienburg  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 03 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: gesine.meissner@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Heike Schrader  
Walter-Giesecking-Straße 22 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/2 80 71-24 • Fax: 05 11/2 80 71-45  
Internet: www.gesine-meissner.de  
E-Mail: fdp-wk-hannover@web.de



**9 Landtag**

Ursula Peters, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Ammerland, Friesland  
und Wilhelmshaven  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 02  
Fax: 05 11/30 30-99 34 02  
E-Mail: ursula.peters@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro:  
N.N.  
Rathjenweg 5 • 26188 Edewecht  
Tel.: 0 44 86/93 88 80 • Fax: 0 44 1/2 48 89 13



**5 Landtag**

Christian Dürr, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Oldenburg-Land, Delmenhorst  
und Cloppenburg  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 05  
Fax: 05 11/30 30-99 34 05  
E-Mail: christian.duerr@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro:  
Frau Dr. Marion Böning-Zilkens  
Brookdamm 40 • 27777 Ganderkesee  
Tel.: 0 42 22/4 00 08 50 • Fax: 0 42 22/4 00 08 60  
Internet: www.christian-duerr.de  
E-Mail: mail@christian-duerr.de



**10 Landtag**

Jörg Bode, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Braunschweig,  
Celle und Uelzen  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 10 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: joerg.bode@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Anita Scheller  
Bergstr. 50 • 29221 Celle  
Tel.: 0 51 41/93 47 70 • Fax: 0 51 41/93 47 71  
E-Mail: einfach-mehr-freiheit@joergbo.de



**6 Landtag**

Roland Riese, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Emden, Leer, Aurich,  
Wittmund und Wilhelmshaven  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 07 • Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: roland.riese@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Andrea Schumacher  
Große Straße 92 • 226721 Emden  
Tel.: 0 49 21/99 35 77 • Fax: 0 49 21/99 35 79  
E-Mail: riese-fdp@t-online.de



**11 Landtag**

Wolfgang Herrmann, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Holzminden, Hameln,  
Bad-Pyrmont, Northeim,  
Osterode, Göttingen und  
Hildesheim  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 11 • Fax: 05 11/30 30-99 34 11  
E-Mail: wolfgang.herrmann@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Jacoba Kanne  
Breite Straße 54 • 37154 Northeim  
Tel.: 0 55 51/99 70 93 • Fax: 0 55 51/99 70 94  
Internet: www.wolfgang-herrmann-fdp.de  
E-Mail: info@wolfgang-herrmann-fdp.de



**7 Landtag**

Jan-Christoph Oetjen, MdL  
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für ländl. Raum,  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Cuxhaven, Osterholz,  
Rotenburg, Soltau, Stade, Verden  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 • 30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 04 • Fax: 05 11/30 30-38 10  
E-Mail: jan-christoph.oetjen@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Friederike Lüdemann  
Brunnenweg 6 • 27367 Sottrum  
Tel.: 0 42 64/83 50 00 • Fax: 0 42 64/83 50 01  
Internet: www.jcoetjen.de • E-Mail: mail@jcoetjen.de



**12 Landtag**

Gabriela König, MdL  
Ansprechpartner für die Bereiche  
Grafschaft Bentheim,  
Osnabrück-Land  
FDP Fraktion:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11/30 30-34 13  
Fax: 05 11/30 30-48 63  
E-Mail: gabriela.koenig@lt.niedersachsen.de  
Wahlkreisbüro: Frau Meike Bentje  
Hasestraße 71  
49074 Osnabrück  
Tel.: 05 41/2 02 76 44  
Fax: 05 41/2 02 68 32  
Internet: www.gabriela-koenig.de



# Aus den Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden:

## Wachwechsel an der Spitze des Bezirksverbandes Braunschweig



Zu einem Wachwechsel an der Spitze des Bezirks Braunschweig kam es auf dem letzten Bezirksparteitag am 29. April in Ilsede. Der bisherige Vorsitzende Dr. Jürgen Lauterbach, der dieses Amt über viele Jahre engagiert wahrgenommen hatte, stand für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Als neuer Vorsitzender wurde Hans-Peter Zechel aus dem KV Helmstedt gewählt, seine Stellvertreter sind Holger Flöge (KV Peine), Stefan Leder (KV Goslar) und Martin Winrich Becker (KV Braunschweig). Weitere Mitglieder des für 2 Jahre gewählten Bezirksvorstandes sind Hedda Reichert (KV HE) als wiedergewählte Schatzmeisterin, Dirk-Hinrich Heuer (KV PE) als Schriftführer und als Beisitzer Peter Ludwig Menzel (KV GS), Klaus Peter Fischer (KV GF), Jan Niclas Ronnsiek (KV GF), Michael Ehret (KV SZ), Dr. Martin Kleemeyer (KV BS), Jan Wagner (KV GF), Steve Hillar Neumann (KV PE), Dietmar Busold (KV WOB) und Joachim Casper (KV BS). Joachim Casper wurde inzwischen auch als Bezirkspressexperten und -geschäftsführer vom neuen Vorstand gewählt. Als eine Besonderheit des Bezirkes gibt es nun 4 mitgliederoffene Bezirksfachausschüsse zu den Themen Umwelt, Regio-

nale Planung, Kommunales und Beschäftigung. Analog zu den Landesfachausschüssen arbeiten diese Gremien dem Bezirksvorstand zu, damit Beschlüsse auf einer möglichst breiten bezirklichen Entscheidungsgrundlage gefällt werden können. „Der Bezirksvorstand“ so Hans Peter Zechel, „möchte mit diesem neuen Arbeitsmittel versuchen den innerbezirklichen Kommunikationsprozess zwischen den Kreisverbänden wieder in Schwung bekommen, damit Kirchturn Denken erst gar keine Chance bekommt.“ Interessierte Mitglieder können sich über das Liberale Zentrum in Braunschweig oder über die Homepage des Bezirkes mit Joachim Casper (Umwelt), Dr. Martin Kleemeyer (Regionale Planung), Holger Flöge (Kommunales) oder Dietmar Busold (Beschäftigung) in Verbindung setzen. „Die weitere Arbeit des Vorstandes wird durch Themen wie Forschungsflughafen, RegioStadtbahn und verkehrspolitische Anliegen bestimmt werden“ so der Bezirksvorsitzende Zechel, „bis zum Jahre 2008 liegt noch viel Arbeit und ein langer Weg vor uns. Letztendlich möchten wir natürlich durch unsere solide und verlässliche Arbeit in der Region zu einem noch besseren Ergebnis der FDP im Lande beitragen.“ ■

## Maik Saemann hat geheiratet



Maik Saemann, kaufmännischer Angestellter der FDP Niedersachsen und in der Landesgeschäftsstelle zuständig für Mitgliederverwaltung, Vertrieb und Organisation, ist in den Hafen der Ehe eingelaufen. Er und seine Ehefrau Michaela Naffziger gaben sich am 8.8. standesamtlich und am 12.8. kirchlich das Eheversprechen. Wir wünschen beiden eine glückliche gemeinsame Zukunft!

## Team der FDP-Emden mit sechs Läufern beim Matjeslauf in Emden

Am Samstag, 27. Mai 2006 um 16 Uhr fiel der Startschuss für den 5-km Ottifantenlauf in Emden. Mit dabei war ein Team von sechs Läufern von der FDP Emden. Die Emdener Laufgemeinschaft führt den Ottifantenlauf im Rahmen der traditionellen Emdener Matjestage schon zum 16. Mal durch. Knapp 600 Läufer gingen mit den Liberalen an den Start. In der Teamwertung belegte die FDP Emden den 26. Platz. Hunderte von Schaulustigen säumten die Strecken und feuerten die Läufer an. Dem Team der FDP hat der Lauf sehr viel Spaß gemacht und alle wollen im nächsten Jahr wieder dabei sein ■



Von links nach rechts:  
Andrea Schumacher, Gordon Curtis, Nils Teipel, Martin Schwarz, Astrid Dürwald und Ingo Kruse

## Große FDP-Werbeaktion für Blut- und Organspenden in Isernhagen



Auf der jüngsten Vorstands- und Fraktionssitzung der FDP Isernhagen wurden die Zeitungsberichte diskutiert, die darauf aufmerksam machten, dass nicht ausreichend Blutkonserven in möglichen Katastrophenfällen zur Verfügung stehen. Das hat die Liberalen erschreckt, und es wurde sofort beschlossen, selbst etwas zu tun und sich selbst zur Verfügung zu stellen. „Gehen Sie nicht nur selbst zum Blutspenden, sondern nehmen Sie Ihre Familienangehörigen, Ihre Freunde und Nachbarn gleich mit,“ forderte Ortsverbands-Vorsitzender Friedhelm Pietschmann. „Stellen Sie sich vor, Sie haben einen schrecklichen

Autounfall, eine sofortige Operation könnte die Rettung bringen, aber sie findet nicht statt, weil Ersatzblut fehlt!“ So wendet sich der Aufruf zum Blutspenden auch nicht nur an Parteimitglieder der FDP, sondern an alle Mitbürger. Eine ebensolche Dramatik ergibt sich bei den Organspenden. Deutschland ist das Land mit der europaweit geringsten Zahl an Organspendern, und nach letztem „Spiegel“-Bericht ist Niedersachsen innerhalb unseres

Landes das Schlusslicht. Jahr für Jahr sterben Tausende von Menschen, für die nicht rechtzeitig das richtige Spenderorgan zur Verfügung stand. Das ist deshalb so besonders traurig, weil wir mit der MHH eine Transplantations-Klinik in Niedersachsen haben, die einen international außergewöhnlich guten Ruf genießt. „Wir werden uns dieses Themas besonders annehmen und Aufklärung anbieten, wo die fehlende Information vielleicht die Entscheidung für die Organspende verhindert“, sagt Friedhelm Pietschmann und bietet auch gleich seine Telefonnummer 0511-7100888 zur Kontaktaufnahme an ■



Freie Demokratische Partei  
Landesverband Niedersachsen  
Walter-Gieseck-Str. 22  
30159 Hannover  
V.i.S.d.P.: Dr. Stefan Birkner  
Telefon: 0511 - 28071-0  
Telefax: 0511 - 28071-25  
E-Mail: nds@fdp.de  
Internet: www.fdp-nds.de

Auflage: 7.000 Exemplare

Layout und Satz:  
AB@Media  
Kathrein Bönsch  
Wendenstraße 10  
31785 Hameln  
www.abmedia-online.de  
boensch@abmedia-online.de

Druck:  
CW NIEMEYER DRUCK GmbH, Hameln  
Fotos:  
AB@Media (3 Stück)  
FDP Landesverband Nds. (13 Stück)  
photocase.de (1 Stück)